



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 7. OKTOBER 2026

Parlament hebt Immunitäten auf – Ministerpräsident Magyar betroffen

Am Dienstag, den 22. September, forderte die Generalstaatsanwaltschaft die Immunitätsaufhebung von den beiden ehemaligen Ministern Balázs Hankó und Miklós Seszták sowie von Ministerpräsident Magyar. Alle drei Politiker sind in unterschiedlichen Fällen beschuldigt. Am Montag, den 28. September, kam das Parlament dieser Forderung nach und stimmte den Immunitätsaufhebungen zu. Die Fraktionen der Tisza und Mi Hazánk beschlossen die Aufhebung mit 139 Ja-Stimmen – ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen. Im Vorfeld der Abstimmung war der zuständige Ausschuss zu keinem Ergebnis gekommen, da die drei Vertreter der Opposition eine Teilnahme an der Abstimmung, aus Protest gegen eine „politische Hexenjagd“, verweigerten. Anschließend blieben die Fraktionen von Fidesz und KDNP auch der außerordentlichen Parlamentssitzung fern.

Ministerpräsident Magyar (Tisza) wird aufgrund eines Vorfalls im Juni 2024 angeklagt. Magyar befand sich im „Ötkert“, einem Budapester Nachtclub, als ein Mann ihn mit seinem Mobiltelefon dabei filmte, wie er junge Frauen antanzte. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft entwendete Magyar dem Mann zunächst das Telefon und warf es später in die Donau. Gegen ihn wird wegen Diebstahls eines Gegenstands von geringem Wert ermittelt. Laut Aussagen des Geschädigten kam es im Rahmen des Streites auch zu einer physischen Auseinandersetzung.

Balázs Hankó (Fidesz) war Kulturminister in der fünften Orbán-Regierung und ist weiterhin an Abgeordneter der Fidesz Mitglied der Nationalversammlung. Ihm wird vorgeworfen, 17,3 Mrd. Forint aus Fördermitteln des Nationalen Kulturfonds (NKA) zweckwidrig vergeben beziehungsweise an bestimmte Personen und Organisationen gelenkt zu haben. Nach den bisherigen Angaben sollen darunter auch Mittel gewesen sein, die faktisch politischen bzw. wahlkampfnahen Zwecken dienten.

Miklós Seszták (KDNP) war von 2014 bis 2018 Entwicklungsminister der dritten Orbán-Regierung. Ihm wird vorgeworfen, mehr als 11 Mrd. Forint an Bestechungsgeldern angenommen zu haben. Die Vorwürfe stehen nach den bisherigen Ermittlungsangaben insbesondere mit öffentlichen Ausschreibungen bzw. Busbeschaffungen und anderen staatlichen Aufträgen in Zusammenhang.

Sowohl Balázs Hankó als auch Miklós Seszták befinden sich seither in Untersuchungshaft.

Erneute Spannungen zwischen Kiew und Budapest

Die Beziehungen zwischen Ungarn und der Ukraine sind seit Jahren von Spannungen geprägt. Zentrale Streitpunkte unter den Orbán-Regierungen waren insbesondere die Rechte der ungarischen Minderheit in Transkarpatien sowie der ukrainische EU-Beitrittsprozess. Nach dem Regierungswechsel in Ungarn zeichnete sich zunächst eine Annäherung ab. Die jüngsten Auseinandersetzungen zeigen jedoch, dass zentrale Konflikte unverändert fortbestehen.

Für neue Spannungen sorgte zunächst die von der Ukraine initiierte regionale Kooperation „Kárpáti Nyolcak“ (Karpaten-Acht). Die Initiative soll die Zusammenarbeit der beteiligten Staaten unter anderem in den Bereichen Handel, Energie, Infrastruktur und Sicherheit stärken. Die Ukraine führte Ungarn als eines der beteiligten Länder auf. Die ungarische Regierung stellte jedoch klar, dass Budapest der Mitgliedschaft beziehungsweise der gemeinsamen Abschlusserklärung nicht zugestimmt habe. Ungarn sei bei dem Treffen lediglich durch einen Diplomaten vertreten gewesen, der die Erklärung nicht unterzeichnet habe. Der Konflikt weitete sich anschließend auf die politische Kommunikation zwischen beiden Regierungen aus. Der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha kritisierte Péter Magyar in einem Beitrag in den sozialen Netzwerken und warf der neuen ungarischen Regierung vor, trotz des Endes der Orbán-Regierung an einer Politik der Behinderung und Isolation gegenüber der Ukraine festzuhalten. Magyar wies diesen Vorwurf zurück und erklärte, es sei nicht akzeptabel, einen souveränen Staat ohne dessen vorherige Zustimmung als Mitglied einer internationalen Kooperation darzustellen.

Parallel dazu entstand Streit über eine Absichtserklärung zwischen dem ungarischen Energiekonzern MOL und dem ukrainischen Unternehmen Naftogaz zum Aufbau zusätzlicher Treibstofflagerkapazitäten in Ungarn. Das Vorhaben sollte einen Teil der ukrainischen Treibstoffversorgung angesichts der russischen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur nach Ungarn auslagern und dadurch absichern. In Ungarn wurde eine stärkere Involvierung in den Konflikt befürchtet. Magyar lehnte das Projekt entschieden ab und erklärte, ein entsprechendes Lager werde es unter seiner Regierung nicht geben.

Der grundlegende Konflikt betrifft jedoch weiterhin die Rechte der ungarischen Minderheit in der Ukraine und deren Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess. Ungarn macht Fortschritte beim Minderheitenschutz zur Voraussetzung für die Unterstützung weiterer Verhandlungsschritte. Im Juni 2026 hatten Budapest und Kiew zunächst eine Vereinbarung erzielt. Sie sah unter anderem bessere Garantien für muttersprachlichen Unterricht und die Wiederherstellung bestimmter Minderheitenrechte vor. Daraufhin stimmte Ungarn der Eröffnung des ersten EU-Verhandlungsklusters zu. Bei weiteren Clustern kam es anschließend jedoch wieder zu einer Blockade durch Ungarn. Budapest argumentierte, dass die ukrainische Seite die im Juni vereinbarten Minderheitenschutzmaßnahmen noch nicht zufriedenstellend umgesetzt habe. Die Ukraine wiederum vertrat die Position, dass sie ihren Teil der Vereinbarung erfüllt habe und nun von Budapest erwarte, die Blockade weiterer EU-Verhandlungskapitel aufzuheben. Die ukrainische Regierung legte daraufhin einen weiteren Gesetzentwurf zur Stärkung der Rechte der ungarischen Minderheit, insbesondere im Bildungsbereich, vor, den Budapest grundsätzlich begrüßte, jedoch die Umsetzung abwarten wolle. Damit besteht weiterhin die Möglichkeit, dass die im Frühjahr begonnene Annäherung fortgesetzt wird. Gleichzeitig zeigen die jüngsten Auseinandersetzungen, dass die politischen Beziehungen zwischen Budapest und Kiew weiterhin von erheblichen Interessengegensätzen geprägt sind.

Ministerpräsident Magyar zu Besuch beim Papst

Ungarns Ministerpräsident Péter Magyar ist Ende September nach Rom gereist und wurde am Donnerstag, den 24. September, von Papst Leo XIV., dem Oberhaupt der katholischen Kirche, zu einer Privataudienz empfangen. Péter Magyar und Papst Leo XIV. sprachen über die Veränderungen in Ungarn sowie die Herausforderungen für die Menschen in Ungarn und Europa, sei es im Hinblick auf den Krieg oder die Energiekrise. Auch der Themenkomplex der künstlichen Intelligenz sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Gefahren kamen zur Sprache. Zudem soll die Situation der katholischen Kirche in Ungarn sowie die von der Kirche bereitgestellten sozialen, bildungsbezogenen und sonstigen Dienste erörtert worden sein. Nach der Audienz bezeichnete Ministerpräsident Magyar das Gespräch als offen und freundschaftlich und lud den Heiligen Vater zu einem Besuch in Ungarn ein.

In Bezug auf das von der Orbán-Regierung 2017 begründete Staatssekretariat „Hungary Helps“ zur Unterstützung verfolgter Christen stellte Magyar eine Fortsetzung der Arbeit in Aussicht, nachdem das Staatssekretariat „grundlegend durchleuchtet“ worden sei. Auch nach Angaben des stellvertretenden Außenministers György Velkey will sich die ungarische Regierung weiterhin für die Unterstützung von Gemeinschaften einsetzen, die in Krisengebieten leben und von Naturkatastrophen, Ungleichheit oder Armut betroffen sind. Ein Hinweis auf die Unterstützung verfolgter Christen, die eigentliche Daseinsberechtigung des aufgelösten Staatssekretariats, fehlt in dessen öffentlicher Kommunikation jedoch konsequent.

Der ehemalige für „Hungary Helps“ zuständige Staatssekretär Tristan Azbej hatte am Montag, den 14. September, angekündigt, seine Arbeit im Rahmen des Axioma-Zentrums mit dem Axioma Center for Persecuted Christians (Axioma-Zentrum für verfolgte Christen, kurz CPC) fortsetzen zu wollen. Sein Ziel sei es, das geistige Erbe des früheren staatlichen Engagements Ungarns in der Sache der verfolgten Christen in einem zivilgesellschaftlichen Rahmen fortzuführen. Die Auflösung des Staatssekretariats der ungarischen Regierung, das für die Unterstützung verfolgter Christen zuständig war, dürfe nicht bedeuten, dass jene Christen, die weiterhin auf Ungarn zählen, um die Zukunft ihrer Gemeinschaften zu sichern, ohne Unterstützung blieben, denn die weltweite Christenverfolgung habe am 12. April nicht wie durch Zauberhand ein Ende gefunden.

Kandidat des Staatspräsidenten scheitert bei Wahl zum Generalstaatsanwalt

Das Amt des Generalstaatsanwalts bleibt weiterhin vakant, nachdem der noch von der alten Parlamentsmehrheit gewählte Generalstaatsanwalt Gábor Bálint Nagy im Sommer auf Druck der neuen Regierung zurückgetreten war. Staatspräsident András Baka hatte am 21. September Szathmáry Zoltán, einen Staatsanwalt aus den Reihen der Behörde, nominiert. Ministerpräsident Magyar hatte bereits am 22. September öffentlich erklärt, dass die Regierung den Kandidaten mit dem Hinweis auf einen Bruder ablehnte, der in den Skandal um den im März von der Nationalen Steuer- und Zollbehörde (NAV) aufgebrachten ukrainischen Geldtransport verwickelt sein soll und hatte den Präsidenten um einen neuen Vorschlag gebeten. Baka hielt jedoch an seinem Kandidaten fest, der mit 138 Nein-Stimmen und ohne Ja-Stimmen und Enthaltungen abgelehnt wurde. Auf einer Pressekonferenz am Montag, den 28. September, verteidigte Baka seinen gescheiterten Kandidaten. Seine Beweggründe seien rein fachlicher und nicht politischer Natur gewesen. Zudem betonte er, dass eine Ablehnung durch das Parlament keine fachliche Ungeeignetheit bedeute. Baka kündigte an, er wolle nun einen

neuen Kandidaten für das vakante Amt des Generalstaatsanwalts vorschlagen und dabei auch weiterhin unabhängig vorgehen. An die Adresse der Regierung äußerte Baka zudem den Wunsch, die Kandidaten zukünftig vor der Abstimmung zumindest anzuhören.

NVVH übernimmt erste Fälle

Die neue „Nationale Behörde für Vermögensrückgewinnung und -schutz“ (Nemzeti Vagyongyűjtő és Vagyónvédelmi Hivatal) hat Ende September die ersten vier Verfahren bekannt gegeben, die sie übernehmen wird. Die Behörde ist beauftragt, Fälle zu untersuchen, bei denen der Verdacht besteht, dass öffentliches Vermögen rechtswidrig verwendet oder dem Staat entzogen wurde, und gegebenenfalls Vermögenswerte zurückzuführen. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem die Untersuchung von staatlichen und kommunalen Vermögensvorgängen, öffentlichen Aufträgen, Fördermitteln und staatlichen Investitionen. Bei den ersten vier übernommenen Fällen handelt es sich um unterschiedliche Korruptions- und Missbrauchsvorwürfe, die nach Einschätzung der Behörde typische Formen eines möglichen Verlusts öffentlichen Vermögens abbilden.

Der erste Fall betrifft den mutmaßlichen Verkauf von Arbeitsaufenthaltstiteln und Visa. Nach Angaben des NVVH soll eine Gruppe mit engen Verbindungen zu führenden politischen Akteuren gegen finanzielle Gegenleistung versprochen haben, die notwendigen Aufenthaltstitel beziehungsweise Visa über politische Kontakte zu beschaffen. Im Mittelpunkt steht der Verdacht der Einflussnahme und weiterer damit verbundener Straftaten.

Beim zweiten Verfahren geht es um mutmaßliche Korruption im Zusammenhang mit kommunalen Ausgaben für Parkpflege und Gemeinschaftsverpflegung. Nach dem bisherigen Ermittlungsstand besteht der Verdacht, dass kommunale Politiker und Amtsträger im Gegenzug für finanzielle Zuwendungen bestimmten Unternehmen langfristige Aufträge verschafft haben könnten. Das Verfahren steht im Zusammenhang mit einem Korruptionsfall in Budapest und betrifft damit die Vergabe kommunaler Leistungen.

Der dritte Fall betrifft ein staatliches Unternehmen und staatlich finanzierte Investitionen und steht insbesondere mit früheren Investitionen des Volánbusz-Unternehmens in Verbindung. Im Zentrum stehen Vorwürfe, wonach bei öffentlichen Beschaffungen und Investitionsprojekten überhöhte Preise vereinbart und dadurch erhebliche finanzielle Nachteile für staatliche Unternehmen beziehungsweise den Staat verursacht worden sein könnten. In dem Verfahren spielen unter anderem der frühere Entwicklungsminister Miklós Seszták sowie die Unternehmer Dániel Jellinek und Norbert Szivek eine Rolle. Nach bisherigen Ermittlungen geht es unter anderem um den Kauf gebrauchter Busse und den Erwerb eines Unternehmensstandorts. Die Behörden prüfen dabei auch den Verdacht, dass aus den Geschäften stammende Gelder über weitere Unternehmen und Finanztransaktionen weitergeleitet worden sein könnten.

Der vierte Fall betrifft die Ausgaben des inzwischen aufgelösten Souveränitätsschutzamtes. Das NVVH untersucht den Verdacht der Untreue im Zusammenhang mit drei Rahmenverträgen, über die das Amt zwischen 2024 und 2026 insgesamt mehr als 3,6 Milliarden Forint (9,7 Mio. Euro) für Kommunikationsleistungen und Veranstaltungen ausgegeben haben soll. Nach Angaben des NVVH bestanden Zweifel daran, ob diese Ausgaben angesichts der eigenen organisatorischen Kapazitäten des Amtes erforderlich waren. Zu den untersuchten Leistungen

gehören unter anderem die Produktion von Kurzvideos, Dokumentarfilmen und Podcasts sowie Veranstaltungen und deren Bewerbung. Das NVVH prüft, ob durch die Vergabe dieser Aufträge möglicherweise ungerechtfertigte Vorteile für private Unternehmen entstanden sind.

Die Fidesz-Opposition kritisiert die Behörde wegen ihrer aus ihrer Sicht weitreichenden Befugnisse und bezeichnet sie unter anderem als „Tisza-ÁVH“, in Anspielung auf die frühere kommunistische Staatssicherheit. Kritisiert werden insbesondere die Möglichkeit, laufende Verfahren anderer Ermittlungsbehörden zu übernehmen, sowie die aus Sicht des Fidesz unzureichende richterliche und institutionelle Kontrolle. Die Fidesz- und KDNP-Fraktionen haben deshalb den ungarischen Verfassungsgerichtshof angerufen und argumentieren, das Gesetz zur Einrichtung des NVVH verletze mehrere Bestimmungen des Grundgesetzes. Zudem befürchtet die Partei, dass die Behörde für politisch motivierte Verfahren gegen Vertreter der früheren Regierung eingesetzt werden könnte. Auch Viktor Orbán äußerte sich bei seiner Rede in Kötcsé im September kritisch über die neue Institution. Auch er verglich das NVVH mit der kommunistischen ÁVH und stellte die Behörde als politisches Machtinstrument der neuen Regierung dar. Darüber hinaus kündigte er an, Mitarbeiter des NVVH im Falle einer Rückkehr des Fidesz an die Regierung gegebenenfalls für ihre Tätigkeit, beispielsweise für die Mitwirkung an Schauprozessen, zur Verantwortung ziehen zu wollen.

Die Regierung sieht die Behörde dagegen als Instrument zur Aufklärung mutmaßlicher Korruption und zur Rückgewinnung öffentlichen Vermögens. Damit stehen sich zwei grundsätzlich unterschiedliche Bewertungen gegenüber: Während die Regierung die Aufgaben des NVVH mit der Kontrolle und Sicherung staatlichen Vermögens begründet, sieht der Fidesz darin eine Institution mit politischem Missbrauchspotenzial.

Orbáns Rede auf dem „Bürgerlichen Picknick“ in Kötcsé

Am 12. September 2026 fand im südwestungarischen Dorf Kötcsé das jährliche „Bürgerliche Picknick“ statt. Auch Viktor Orbán nahm erneut an der Veranstaltung teil und hielt seine Rede, in der er über die Gründe für die Wahlniederlage, die Aufgaben beim Neuaufbau der Rechten und die ersten fünf Monate der Tisza-Regierung sprach. Der Fidesz-Vorsitzende skizzierte in sieben Schritten den Weg zurück an die Regierung und betonte, dass die Aufgabe der Rechten weiterhin darin bestehe, ein souveränes Ungarn zu verteidigen. Die Wahlniederlage bezeichnete Orbán als schweren Einschnitt, verwies aber darauf, dass die Rechte zuletzt vor 20 Jahren verloren habe. Zunächst müssten die Verluste verarbeitet, die Betroffenen unterstützt und anschließend die politischen Schäden analysiert werden, bevor ein Zukunftsplan entwickelt werden könne. Orbán zufolge lag die Wahlniederlage nicht primär an den bereits bekannten Vorwürfen gegen die Fidesz-Regierung – etwa wegen eines luxuriösen Lebensstils, der Verbindungen zu einflussreichen Unternehmern, Korruptionsvorwürfen oder Kritik am Alter und Regierungsstil des Ministerpräsidenten. Solche Vorwürfe habe es auch bei früheren Wahlen gegeben, die die Fidesz dennoch gewonnen habe. Als entscheidenden Grund nennt er vielmehr, dass die Fidesz eine neue politische Herausforderung nach 16 Jahren Regierungszeit nicht lösen konnte. „Die politische Aufgabe bestand darin, die Frage zu lösen, wie man nach 16 Jahren Regierungszeit aus der Regierungsposition heraus eine Wahl gewinnen kann – in einem Europa ohne Wachstum, in einem wirtschaftlich stagnierenden heimischen Umfeld, gegen einen Herausforderer, der zuvor noch nie regiert hatte, unter Erpressung durch Brüssel, angesichts der Einmischung der deutschen, französischen und britischen Geheimdienste und im

Kampf gegen das Soros-Netzwerk.“ Es sei nicht gelungen, eine Strategie zu finden, mit der sich die Wahl aus der Regierungsposition heraus gewinnen ließe. Gegen eine Wahlniederlage gebe es kein Schmerzmittel, sondern nur ein Heilmittel: den Sieg.

Orbán sieht das von Fidesz aufgebaute politische System und seine institutionellen „Schutzlinien“ als weitgehend zerstört an. Bei einer Rückkehr an die Macht wolle er deshalb die derzeitigen, nicht rechtsstaatlich in Position gesetzten Amtsinhaber umfassend austauschen. Er glaubt, dass dies aufgrund der bisherigen Maßnahmen seiner politischen Gegner mit einer Parlamentsmehrheit und entsprechender Entschlossenheit möglich sei. Zunächst müssten jedoch die Folgen der Niederlage aufgearbeitet und eine Bestandsaufnahme gemacht werden. Danach sollen Fidesz und KDNP intern stabilisiert und anschließend die Position bei den rechten Wählern gefestigt werden. Erst dann gehe es darum, eine gesellschaftliche Mehrheit zu gewinnen und diese schließlich in eine Mehrheit bei den Wahlen umzuwandeln. Orbán erwartet bereits für den Herbst eine sich verschlechternde Wirtschaftslage sowie eine mögliche Instabilität der Regierung. Die Fidesz müsse deshalb bereit sein, die Unterstützung jener Wähler zurückzugewinnen, die sich angesichts der wirtschaftlichen Probleme wieder der Rechten zuwenden könnten.

Wahlvorschläge von Fidesz und KDNP für Medienrat scheitern im Parlament

Am 22. September hat die Ungarische Nationalversammlung über die Ernennung der neuen Mitglieder des Medienrates abgestimmt. Wahlvorschläge wurden neben der Tisza-Fraktion auch von Mi Hazánk, Fidesz und der KDNP eingereicht. Die drei von der Tisza-Partei nominierten Kandidatinnen – Márta Bencsik, Bea Judit Bodrogi und Krisztina Nagy – wurden mit sehr deutlichen Mehrheiten gewählt. Auch der von Mi Hazánk nominierte Tóth Máté wurde gewählt. Tóth kündigte bereits kurz nach der Wahl seinen Rückzug an, nachdem er zum Vizepräsidenten der Partei gewählt worden war, da die beiden Ämter gemäß dem Mediengesetz miteinander unvereinbar seien. Die beiden Kandidaten von Fidesz und KDNP, László Szabó und Ferenc Pindroch, wurden dagegen nicht gewählt. Damit ist der Medienrat derzeit ohne Oppositionsmitglied. Auch bei früheren Besetzungen des ungarischen Medienrats kam es unter den Orbán-Regierungen mehrfach dazu, dass oppositionelle Kandidaten nicht gewählt wurden. Der Vorgang stellt insofern keine neue Praxis dar.

Bemerkenswert sind jedoch der Ablauf und der vermeintliche Auslöser. Anstoß war die Rede des Fidesz-Politikers Miklós Panyi im Zusammenhang mit der „Zsolti bácsi“-Affäre – einem mutmaßlichen sexuellen Übergriff auf einen Jugendlichen in einer staatlichen Jugendeinrichtung. Panyi erklärte am 22. September im Parlament, dieser Vorwurf habe dazu gedient, die politische Rechte mit einem unbegründeten Pädophilievorwurf zu diskreditieren. Er erklärte außerdem, die Vorwürfe seien nach der Wahl in sich zusammengebrochen. Panyi griff unter anderem Márton Magyar, den Bruder von Ministerpräsident Péter Magyar und Gründer des Medienunternehmens Kontroll, sowie Personen aus dessen Umfeld direkt an und stellte einen Zusammenhang zwischen ihnen und der Verbreitung beziehungsweise der politischen Nutzung der Vorwürfe her. Konkret beschuldigte Panyi die involvierten Parteien, eine psychisch belastete junge Person gegen Geld oder andere Vorteile dazu gebracht zu haben, einen Mann fälschlicherweise eines pädophilen Verbrechens zu beschuldigen. Panyi bezeichnete den gesamten Vorgang als politisch motivierte Kampagne gegen die politische

Rechte und behauptete, die Tisza-Partei beziehungsweise Personen aus ihrem Umfeld hätten den Fall mitorganisiert oder unterstützt.

Ministerpräsident Magyar reagierte sichtlich angefasst auf die Vorwürfe und schien seine Abgeordneten daraufhin kurzfristig anzuweisen, der Ernennung nicht zuzustimmen. Bestärkt wird diese These dadurch, dass das Abstimmungsverhalten der Tisza-Abgeordneten alles andere als geschlossen war. László Szabó (Fidesz) erhielt 72 Ja-, 95 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen, Ferenc Pindroch (KDNP) 78 Ja-, 84 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen. Zudem sorgte ein Fall für Aufsehen, in dem die Tisza-Abgeordnete Orsolya Schummer während der Abstimmung zusätzlich das Abstimmungsgerät ihrer neben ihr sitzenden Parteikollegin Erzsébet Csézy betätigte, die „falsch“ abgestimmt hatte. Auf Videoaufnahmen ist klar zu sehen, wie Schummer das Abstimmungsgerät bedient. Die Fidesz-Seite warf ihr deshalb vor, gegen die parlamentarischen Regeln verstoßen zu haben.

Am selben Tag wurde neben Panyi auch die parlamentarische Immunität von zwei weiteren Fidesz-Abgeordneten – Máté Kocsis und János Pócs – aufgehoben. Hintergrund waren Strafverfahren wegen Verleumdung und Beleidigung, die im Zusammenhang mit ihren öffentlichen Aussagen über den „Zsolti bácsi“-Fall gestellt worden waren.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Botschafter aus Moskau zurückgerufen und russische Diplomaten ausgewiesen

Ungarn hat seinen Botschafter in Moskau, Norbert Konkoly, nach Budapest zurückbeordert. Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur TASS steht die Personalentscheidung im Zusammenhang mit einer politischen Neuausrichtung der ungarischen Regierung und einem veränderten Umgang mit den Beziehungen zu Russland. Konkoly hatte die ungarische Botschaft in Moskau seit 2018 geleitet und ist inzwischen nach Ungarn zurückgekehrt. Ein Nachfolger für den Diplomaten sei bislang noch nicht bestimmt worden. Bis zur Ernennung eines neuen Botschafters übernimmt Gábor Gergics als Geschäftsträger die Leitung der ungarischen Vertretung in der russischen Hauptstadt. Die Rückberufung ist demnach Teil einer umfassenderen personellen Neuordnung im ungarischen Außenministerium. Die neue Führung habe beschlossen, mehrere Leiter ungarischer Auslandsvertretungen auszutauschen. Bereits im Juni hatte Außenministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Anita Orbán die Rückberufung von 37 Botschaftern veranlasst. Zur Begründung verwies sie damals unter anderem auf veränderte außenpolitische Prioritäten. TASS zufolge deutet auch der aktuelle Schritt gegenüber Moskau auf eine veränderte politische Linie Budapests hin. Die ungarische Regierung hatte zwar angekündigt, die pragmatische Zusammenarbeit mit Russland fortsetzen zu wollen. Gleichzeitig veröffentlichte sie am 26. August erstmals entsprechende Instruktionen für ihre Delegation bei der 81. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, in denen Russlands Vorgehen als „Bedrohung für Ungarn, Europa und die Weltordnung“ bezeichnet wurde. Doch nicht nur bezüglich der ungarischen Diplomaten führte die Regierung Änderungen durch. Außenministerin Anita Orbán teilte mit, dass zehn Mitarbeiter der russischen Botschaft in Budapest Ungarn verlassen müssen. Nach Angaben der ungarischen Behörden sollen die Diplomaten Tätigkeiten nachgegangen sein, die nicht mit ihrem diplomatischen Status vereinbar gewesen seien. Als Grund für die Ausweisung verwies Anita Orbán auf den Schutz der nationalen Sicherheit und Souveränität Ungarns. Zugleich stellte sie klar, dass die Maßnahme nicht als grundsätzliche Abkehr von den diplomatischen Beziehungen zu Russland verstanden werden solle. Wladimir Dschabarow, erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Föderationsrates, reagierte darauf, dass die Entscheidung „für Budapest unangenehme Folgen haben könnte, darunter die Reduzierung oder sogar die Einstellung der russischen Gaslieferungen über die TurkStream-Pipeline.“ Die russische Regierung kündigte Gegenmaßnahmen an und laut der Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, werde Budapest eine „harte und schmerzhaft“ Antwort bekommen. Der russische Botschafter in Budapest, Jewgeni Stanislawow, bezeichnete die Ereignisse als »äußerst unfreundlichen Schritt« und »beispiellose, ungerechtfertigte Eskalation« und hält die Erklärung Budapests, wonach Ungarn trotz der Ausweisungen den Dialog mit Russland aufrechterhalten wolle, für unglaubwürdig. Wladimir Dschabarow sprach in dem Interview darüber, dass Péter Magyar mit der Politik seines Vorgängers gebrochen habe. „Leider hat Péter Magyar, der im Mai dieses Jahres das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten übernommen hat, meiner Meinung nach einfach damit begonnen, all das zu zerstören, was sein Vorgänger Viktor Orbán erreicht hatte. Orbán hat große Anstrengungen unternommen, um pragmatische und von gegenseitigem Respekt geprägte Beziehungen zwischen unseren Ländern aufzubauen; unter anderem reiste er mehrmals nach Moskau und traf sich dort mit Präsident Wladimir Putin. Magyar hingegen will sich eindeutig in die Gunst der Europäischen Union einschmeicheln.“

Deutscher Außenminister in Budapest

Der deutsche Außenminister Johann Wadephul hat bei seinem Besuch in Budapest den Kurs einer engeren deutsch-ungarischen Zusammenarbeit betont. Wie bereits beim Treffen mit seiner ungarischen Amtskollegin im Juni standen dabei vor allem positive politische Signale im Vordergrund. Konkrete Ergebnisse blieben hingegen weitgehend offen. Wadephul bezeichnete Ungarn als wichtigen Hoffnungsträger für Europa und lobte die Annäherung zwischen Berlin und der neuen ungarischen Regierung. Als Beispiele nannte er die engere diplomatische Kooperation und die geplante Zulassung ungarischer Studenten zum Erasmus-Programm. Auch das Thema Rechtsstaatlichkeit kam zur Sprache. Wadephul begrüßte die Reformbemühungen der ungarischen Regierung und verband diese mit der Erwartung, dass dadurch das Vertrauen von Bürgern und Investoren gestärkt werde. In der Energiepolitik zeigte sich ebenfalls eine stärkere Übereinstimmung mit Berlin. Wadephul warb für eine weitere Diversifizierung der Energieversorgung und eine geringere Abhängigkeit von russischen Energieträgern. Dies sei aus deutscher Sicht notwendig, um Europas strategische Handlungsfähigkeit zu sichern. Kritiker dürften darin allerdings eher politische Vorgaben als eine rein wirtschaftliche Entscheidung sehen. Bei den bislang blockierten EU-Geldern für Ungarn stellte Wadephul Fortschritte auf fachlicher und politischer Ebene in Aussicht. Einzelheiten zu den laufenden Gesprächen wollte die deutsche Seite jedoch nicht öffentlich machen. Auch wirtschaftlich wurden Kooperationsmöglichkeiten angesprochen. Neben der traditionell bedeutenden Automobilindustrie ging es um Kommunikation, Infrastruktur und Rüstung. Wadephul nahm mit dem ungarischen Wirtschafts- und Energieminister István Kapitány an einer Gesprächsrunde teil, die gemeinsam von der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK) und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn organisiert wurde. Bei einem Treffen mit großen deutschen Unternehmen wie Mercedes-Benz, Siemens, Audi, BMW und E.ON wurden zudem Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und die künftige Energiepolitik diskutiert. Welche konkreten wirtschaftlichen Entwicklungen der Besuch bringt, bleibt allerdings abzuwarten. Insbesondere stellt sich die Frage, ob die von Berlin gewünschte Neuausrichtung der ungarischen Wirtschafts- und Energiepolitik für deutsche Unternehmen tatsächlich attraktiv ist.

Haus des Terrors vorübergehend geschlossen

Die Leitung des Budapester Museums „Haus des Terrors“ wird neu besetzt. Nach Angaben von Zoltán Tarr, Minister für soziale Beziehungen und Kultur, wurde das Mandat der bisherigen Generaldirektorin Mária Schmidt beendet. Gleichzeitig wurde das Museum vorübergehend geschlossen. Die Wiedereröffnung sollte erst erfolgen, wenn die Ausstellung inhaltlich überprüft und offene rechtliche Fragen geklärt worden sind. Das Museum sei in den vergangenen Jahren zunehmend politisch geprägt und ideologisch ausgerichtet worden. Künftig solle die Einrichtung stärker nach historischen und wissenschaftlichen Kriterien arbeiten. Nach Abschluss der Überprüfung könne das Museum wieder für Besucher geöffnet werden, erklärte Sári. Schmidt selbst kritisierte das Vorgehen. Sie erklärte, von ihrer Abberufung erst durch einen Beitrag von Zoltán Tarr in den sozialen Medien erfahren zu haben. Eine offizielle Begründung oder ein persönliches Gespräch mit dem Ministerium habe es nicht gegeben. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2002 wurde das Museum von rund acht Millionen Menschen besucht. Am 20. September fand vor dem Museum eine Demonstration statt, bei der die Redner ihre Unterstützung für die Einrichtung zum Ausdruck brachten. Am nächsten Tag teilte Minister

Tarr mit, dass das Museum am darauffolgenden Dienstag wieder öffnen und kostenlos besucht werden könne.

V4-Gipfel in Bratislava

Beim Treffen der Visegrád-Staaten (V4) unter Beteiligung Irlands in Bratislava am 10. September sprach sich der ungarische Ministerpräsident Péter Magyar für eine intensivere Zusammenarbeit in Mitteleuropa aus. Potenzial sieht er unter anderem bei Handel, Infrastruktur, Energie, Verteidigungsindustrie, Digitalisierung, Gesundheit und Landwirtschaft. Als wichtiges Projekt nannte er eine geplante Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Warschau, Prag, Bratislava und Budapest, an die sich auch Wien anschließen könnte. Die V4 könnten nach Magyars Vorstellung den Kern einer größeren mitteleuropäischen Kooperation bilden, an der sich künftig auch Österreich, Rumänien und Balkanstaaten beteiligen könnten. Auch eine engere Abstimmung in EU-Fragen sei denkbar. Kritisch äußerte sich Magyar zum geplanten Siebenjahreshaushalt der Europäischen Union. Er lehnt eine stärkere Zentralisierung der Mittel ab und fordert insbesondere die Eigenständigkeit der Agrar- und Kohäsionspolitik. Ein ungarisches Veto gegen den nächsten EU-Finanzrahmen sei derzeit nicht geplant, eine Einigung bis Dezember aber wichtig, da im nächsten Jahr viele wichtige Wahlen in Europa anstünden. Beim EU-Beitrittsprozess der Ukraine fordert Budapest zunächst konkrete Verbesserungen für die ungarische Minderheit in Transkarpatien. Eine im Juni zwischen Ungarn und der Ukraine getroffene politische Vereinbarung zu Bildungs-, Kultur-, Sprach- und Verwaltungsrechten sei bislang nicht vollständig umgesetzt worden. Magyar betonte zudem, dass weitere Verhandlungskapitel nur nach klaren Leistungs- und Fortschrittskriterien geöffnet werden sollten. Als Beispiel verwies er auf Serbien, dessen Beitrittsprozess bereits seit zwölf Jahren läuft. Ein schnelleres Vorgehen gegenüber der Ukraine wäre aus seiner Sicht gegenüber anderen Kandidaten nicht fair. In der Migrationspolitik sehen die V4 hingegen weitgehende Einigkeit. Die Außengrenzen der EU müssten geschützt und der bestehende Rechtsrahmen beibehalten werden. Magyar erwartet, dass der Europäische Rat im Oktober wichtige Entscheidungen treffen könnte. Ungarn lehne den EU-Migrationspakt in seiner derzeitigen Form weiterhin ab. Der tschechische Regierungschef Andrej Babiš unterstützte die ungarische Linie und verteidigte insbesondere den nach 2015 errichteten Grenzzaun. Er argumentierte, die V4-Region sei sicher, weil Viktor Orbán nach 2015 einen Zaun errichtet und Tausende illegaler Migranten aus Budapest vertrieben und dadurch auch die Slowakei und die Tschechische Republik gerettet habe.

Regierung bietet 5.000 Forint Dieselausgleichszahlung

Um den drastischen Anstieg der Dieselpreise auszugleichen, hat die Regierung bis zum Ende des Jahres eine monatliche Unterstützung von 5.000 Forint eingeführt. Bei den aktuellen Preisen bekommt dies in etwa 7 Liter Dieselkraftstoff. Bis zum Sommer galten noch die Preisdeckel, die die Orbán-Regierung aufgrund des iranisch-amerikanischen Krieges und des ukrainischen Transitstopps eingeführt hatte. Ein Liter 95er-Benzin durfte nicht mehr als 595 Forint kosten, ein Liter Diesel höchstens 615 Forint. Noch am 13. Mai erklärte Péter Magyar nach der ersten Regierungssitzung in Ópusztaszer, dass der gedeckelte Kraftstoffpreis für die Bevölkerung weiterhin verfügbar bleiben werde. Doch nur einen Monat später, am 17. Juni, schrieb der Ministerpräsident in den sozialen Medien bereits, dass die Regierung angesichts der erwarteten Senkung der Kraftstoffpreise um 10 bis 15 Forint unter den gedeckelten Preis in dieser Woche die Abschaffung der Preisobergrenze beantragen werde. Der

durchschnittliche Kraftstoffpreis in Ungarn überschritt das frühere gedeckelte Niveau jedoch kurz darauf erneut. Mittlerweile beträgt der Durchschnittspreis für Diesel 709 Forint. Bei der nun eingeführten Unterstützungsmaßnahme erhalten Privatpersonen monatlich 5.000 Forint. Diese gilt jedoch nur für Fahrzeuge mit Dieselantrieb und mit einer Leistung von höchstens 110 Kilowatt, also etwa 150 PS. Benzinautobesitzer bleiben also außen vor. Während der Preisdeckel der Orbán-Regierung neben Privatpersonen auch für Unternehmer, Transportunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe galt, sind diese nun von der Unterstützung ausgenommen.

Baustopp am Budaer Burgpalast angeordnet

Die Arbeiten am sogenannten Flügel „A“ des Budaer Burgpalastes werden vorerst nicht fortgesetzt. Das mit der Rekonstruktion beauftragte Unternehmen ZÁÉV, das der Interessensphäre von Viktor Orbáns Jugendfreund Lőrinc Mészáros zugerechnet wird, soll das Gelände bis Ende September verlassen haben. Das Ministerium für Verkehr und Investitionen bestätigte, dass die Bauarbeiten eingestellt werden. Zugleich verwies das Ministerium auf die finanzielle Verantwortung der früheren Regierung. Für Kritik sorgt insbesondere der Zeitpunkt des Baustopps. Der Architekt György Tasnádi warnte öffentlich vor möglichen Schäden an der bislang errichteten Bausubstanz. Seinen Angaben zufolge habe ZÁÉV lediglich rund zwei Wochen Zeit erhalten, um die Baustelle zu räumen. Das Gebäude sei zudem noch nicht vollständig gegen Witterungseinflüsse geschützt. Mit Blick auf die bevorstehenden Herbst- und Wintermonate bestehe deshalb die Gefahr, dass bereits geleistete Bauarbeiten erheblich beeinträchtigt werden. Selbst die Fertigstellung der vorgesehenen Schieferdeckung des Daches sei nicht mehr möglich, kritisierte Tasnádi. Das zuständige Ministerium widerspricht allerdings der Darstellung, wonach das Projekt kurzfristig und ohne nachvollziehbaren Grund gestoppt worden sei. In einer Stellungnahme gegenüber Világgazdaság erklärte es, der ursprüngliche Bauvertrag sei noch von der vorherigen Regierung abgeschlossen worden, ohne dass dafür eine ausreichende Finanzierung gesichert gewesen sei. Bereits im vergangenen Jahr habe das Bauunternehmen deshalb eine formelle Behinderungsanzeige eingereicht, der damals stattgegeben worden sei. Nach Darstellung des Ministeriums endet der bestehende Auftrag ohnehin in absehbarer Zeit. Die nun getroffene Entscheidung sei daher eine Umsetzung der bestehenden vertraglichen Situation und kein willkürlicher Abbruch. Offen blieb allerdings, weshalb weder eine Zwischenlösung zum Schutz des Gebäudes noch eine unmittelbare Fortführung der Arbeiten vorgesehen wurde. Hintergrund der Entscheidung ist eine umfassendere Neubewertung des Nationalen Hauszmann-Programms. Das langfristig angelegte Vorhaben hat zum Ziel, Teile des Burgviertels nach dem historischen Erscheinungsbild der Zeit der Jahrhundertwende wiederherzustellen. Die neue Regierung ließ Ende Juni sämtliche laufenden Bauvorhaben, Verträge und Genehmigungen sowie geplante Nutzungskonzepte überprüfen. Diese Bestandsaufnahme sollte bis zum 30. September 2026 abgeschlossen werden. Wie es mit dem Vorhaben weitergeht, ist derzeit offen. Das Ministerium kündigte an, zukünftige Bauarbeiten gegebenenfalls unter einem neuen institutionellen Rahmen erneut auszuschreiben. Über diesen Rahmen berät derzeit das ungarische Parlament. Künftige Investitionen sollen nach Angaben des Ministeriums stärker danach bewertet werden, ob finanzielle Aufwendungen, öffentlicher Nutzen und der Zugang zum kulturellen Erbe in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Am **9. September** organisierte das Deutsch-Ungarische Institut und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Deutschland und Ungarn im Gespräch“ einen **Online-Vortrag** mit dem Titel: „**Ein neues Kapitel für Ungarn? Die außenpolitische Strategie der neuen Regierung**“. Referent ist **Zsolt BÓTA**, langjähriger ungarischer Berufsdiplomat und Berater für auswärtige Angelegenheiten der Tisza-Regierung.

Am **6. September 2026** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit anlässlich der **Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt** einen **Wahlabend**, an dem mehr als 80 Gäste teilnahmen. Den gesamten Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im August Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. Im Artikel mit dem Titel „**Deutschland vor wichtigen Wahlen**“ vom **1. September** analysiert Bauer im Vorfeld der drei Landtagswahlen die Chancen der Parteien. Den Artikel finden Sie [hier](#). In seinem Artikel „**Politisches Erdbeben in Deutschland**“ vom **8. September** beleuchtet er die Landtagswahlen vom 6. September in Sachsen-Anhalt. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). Am **15. September** erschien der Beitrag „**Ungarn und 9/11**“, in dem er den Tag des 11. Septembers aus einem etwas anderen Blickwinkel beleuchtet. Den Artikel sehen Sie [hier](#). Am **22. September** erschien der Beitrag „**Volksparteien in Not**“, in dem Bauer nun die Landtagswahlen am 20. September in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern analysiert. Den Artikel können Sie [hier](#) lesen. Im Artikel mit dem Titel „**Bildungsmisere in Berlin**“ vom **29. September** analysiert Bauer die Auswirkungen des Sieges der Linken in Berlin auf die Schulbildung. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Am **3. September** erschien ein Artikel von **Bence BAUER** in der Weltwoche mit dem Titel „**Hundert Tage Regierung Magyar: Was hat der ungarische Ministerpräsident gut gemacht? Was weniger?**“, in dem er die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf die Waage legt. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Am **4. September** erschien in der Budapester Zeitung ein Artikel von **Bence BAUER** mit dem Titel „**Mehr für Ungarn herausholen**“, in dem er erklärt, wie es zur umfassenden Neuorientierung des Land als „proeuropäisch“ kam. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Am **10. September** erschien in der Tagespost ein Artikel von **Bence BAUER** mit dem Titel „**Am Ende einer Karriere**“. Darin betrachtet er die Tätigkeit von Viktor Orbán nach den Wahlen. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Ebenfalls am **10. September** erschien ein Artikel von **Bence BAUER** im Cicero mit dem Titel „**Zwei Wahlen, ein Muster**“, in dem er die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und die ungarischen Parlamentswahlen miteinander vergleicht. Mehr dazu können Sie [hier](#) lesen.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifatong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu